

Pressemitteilung

Steuerreform: Mehrheit der Deutschen befürwortet höhere Abgaben für Spitzenverdiener und große Vermögen

Hamburg, 2. April 2026 – Aktuell wird in Politik und Wirtschaft intensiv über Steuerreformen diskutiert, um Haushaltsdefizite zu schließen und Bürger gezielt zu entlasten. Vor diesem Hintergrund hat Ipsos 1.000 Wahlberechtigte in Deutschland zu verschiedenen Reformoptionen befragt. Das Ergebnis ist eindeutig: 55 Prozent befürworten spürbare Entlastungen für niedrige und mittlere Einkommen, auch wenn dafür sehr hohe Einkommen und große Vermögen stärker belastet werden.

Breite Zustimmung für stärkere Besteuerung ganz oben

Die stärkere Besteuerung von Spitzenverdienern und großen Vermögen zugunsten spürbarer Entlastungen für niedrige und mittlere Einkommen ist somit die am stärksten unterstützte Reformoption. Andere diskutierte Ideen für eine Steuerreform schnitten deutlich schlechter ab: 19 Prozent der wahlberechtigten Deutschen bevorzugen Steuersenkungen für alle, selbst wenn der Staat dafür Ausgaben kürzen muss. Etwa ebenso viele (17 %) plädieren vorrangig für eine Vereinfachung des Steuersystems, ohne die Gesamtbelastung stark zu verändern. Eine Senkung der Einkommensteuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer findet mit 2 Prozent kaum Zustimmung.

Breite Zustimmung für stärkere Besteuerung von Vermögen

In welche Richtung sollte eine Steuerreform in Deutschland Ihrer Meinung nach vorrangig gehen?



- Vor allem mittlere und niedrige Einkommen entlasten, auch wenn dafür sehr hohe Einkommen und große Vermögen stärker belastet werden.
- Vor allem Steuern für alle senken, auch wenn der Staat dafür Ausgaben kürzen muss.
- Vor allem das Steuersystem vereinfachen, ohne die Gesamtbelastung stark zu verändern.
- Erhöhung der Mehrwertsteuer, um im Gegenzug die Einkommensteuer zu senken.
- Keine größere Reform erforderlich.
- Weiß nicht / keine Angabe

Methode: Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Im Totalwert sind auch diejenigen Personen berücksichtigt, die keine der gelisteten Parteien wählen würden. Feldzeit: 27. bis 29. März 2026.

Pressemitteilung

Je nach Parteipräferenz zeigen sich deutliche Unterschiede: Bei den Anhängern der Grünen und der Linken ist die Unterstützung für eine stärkere Belastung sehr hoher Einkommen und großer Vermögen mit 76 und 80 Prozent besonders hoch. Auch bei der SPD und CDU/CSU stimmen 60 und 50 Prozent diesem Ansatz zu. Die AfD-Anhängerschaft ist hingegen gespalten: 40 Prozent befürworten die Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen bei stärkerer Belastung sehr hoher Einkommen und großer Vermögen. Ebenso viele (40 %) wünschen sich Steuersenkungen für alle, verbunden mit Ausgabenkürzungen. Unter den Anhängern der Union ist der Ansatz, das Steuersystem vorrangig zu vereinfachen, deutlich beliebter als bei den übrigen Befragten (26 % gegenüber 17 % insgesamt).

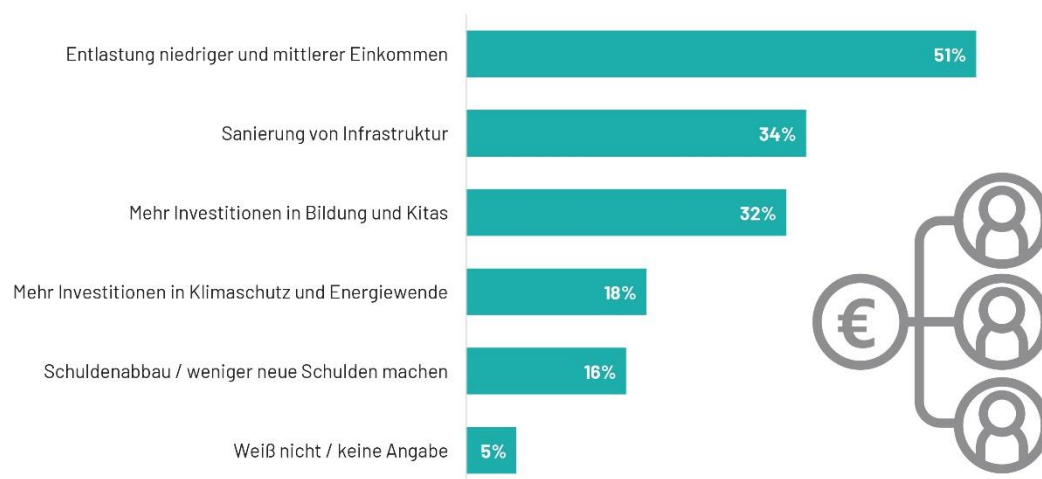
Prioritäten bei Mehreinnahmen: Entlastungen vor Infrastruktur und Bildung

Auf die Frage, wie mögliche zusätzliche Staatseinnahmen verwendet werden sollten, votiert eine knappe Mehrheit von 51 Prozent für Entlastungen niedriger und mittlerer Einkommen. Damit knüpft die bevorzugte Mittelverwendung an die präferierte Reformrichtung an. Ein Drittel (34 %) möchte die Mehreinnahmen vorrangig in die Sanierung der Infrastruktur lenken, etwa für Straßen, Brücken und den ÖPNV. Fast ebenso viele (32 %) sprechen sich für zusätzliche Investitionen in Bildung und Kitas aus. 18 Prozent priorisieren Ausgaben für Klimaschutz und die Energiewende, weitere 16 Prozent wollen die Mittel zum Schuldenabbau beziehungsweise zur Vermeidung neuer Schulden nutzen.

Verwendung von Mehreinnahmen durch Steuerreformen:

Mehrheit für Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen

Angenommen, der Staat würde durch eine Reform des Steuersystems und der Erbschaftsteuer zusätzliche Einnahmen erzielen: Wofür sollten diese Mittel Ihrer Meinung nach vorrangig eingesetzt werden? (max. 2 Antworten)



Methode: Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Im Totalwert sind auch diejenigen Personen berücksichtigt, die keine der gelisteten Parteien wählen würden. Feldzeit: 27. bis 29. März 2026.

Pressemitteilung

Bei der Frage nach der Verwendung der zusätzlichen Einnahmen zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede nach Parteipräferenz. Unter Anhängern der Linken und der AfD ist die Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen mit einer Zustimmung von 60 und 58 Prozent besonders beliebt. Grünen-Wähler befürworten am häufigsten Investitionen in Klimaschutz und Energiewende (50 %) und zeigen zugleich die höchste Zustimmung zu zusätzlichen Investitionen in Bildung und KITAS (43 %). Bei Unions- und SPD-Anhängern erfährt die Sanierung der Infrastruktur besonders hohe Zustimmung (37 % bzw. 39 %).

Methode

Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten im Alter von 18 bis 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Befragung wurde vom 27. bis zum 29. März 2026 durchgeführt.

Kontakt

Ipsos Pressestelle
Rouven Freudenthal
rouven.freudenthal@ipsos.com
Mobil: +49 151 7420 2330

Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Sozialforschungsunternehmen der Welt mit etwa 20.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird die Ipsos-Gruppe bis heute von Forscher:innen geführt.

In Deutschland ist Ipsos mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Nürnberg, München, Frankfurt und Berlin.

Die Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt. Ipsos hat die große Bandbreite von Lösungsansätzen in 12 Forschungsbereichen zusammengefasst und unterstützt damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos SA ist seit 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD). ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS.

www.ipsos.de | [Ipsos Wahl- und Meinungsumfragen](#)

Pressemitteilung

Auszug aus dem Fragebogen

In welche Richtung sollte eine Steuerreform in Deutschland Ihrer Meinung nach vorrangig gehen?

- (1) Vor allem mittlere und niedrige Einkommen entlasten, auch wenn dafür sehr hohe Einkommen und große Vermögen stärker belastet werden.
- (2) Vor allem Steuern für alle senken, auch wenn der Staat dafür Ausgaben kürzen muss.
- (3) Vor allem das Steuersystem vereinfachen, ohne die Gesamtbelastung stark zu verändern.
- (4) Erhöhung der Mehrwertsteuer, um im Gegenzug die Einkommenssteuer zu senken.
- (5) Keine größere Reform erforderlich.

Weiß nicht
Keine Angabe

Angenommen, der Staat würde durch eine Reform des Steuersystems und der Erbschaftsteuer zusätzliche Einnahmen erzielen: Wofür sollten diese Mittel Ihrer Meinung nach vorrangig eingesetzt werden? Bitte wählen Sie bis zu zwei Antworten.

- (1) Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen (z.B. Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, Abgaben).
- (2) Mehr Investitionen in Bildung und Kitas.
- (3) Mehr Investitionen in Klimaschutz und Energiewende.
- (4) Sanierung von Infrastruktur (Straßen, Brücken, ÖPNV).
- (5) Schuldenabbau / weniger neue Schulden machen.

Weiß nicht
Keine Angabe